

## BUNDESLÄNDER IM VERGLEICH

# Nordrhein- Westfalen



## Politik

Es existiert keine gesetzliche Grundlage für eine Karenzzeit von Regierungsmitgliedern und parlamentarischen Staatssekretären, wenn sie nach ihrem Ausscheiden Tätigkeiten übernehmen, die einen Bezug zu ihrem früheren Amt haben. Die Offenlegungspflicht für Nebeneinkünfte der Landtagsabgeordneten wird 2015 durch ein reformiertes Gesetz neu geregelt. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP einigten sich im Juni 2014 auf ein Mischsystem, bei dem zwischen außerordentlichen und nebenberuflichen Tätigkeiten unterschieden wird. Im ersten Teilsystem, welches sich zum Beispiel auf Aufsichtsratsposten und Honorarvorträge bezieht, müssen Landtagsabgeordnete ihre Nebeneinkünfte angeben, wenn diese fünf Prozent der regulären Abgeordnetenbezüge übersteigen. Dies entspricht 536 Euro im Monat. Das zweite Teilsystem bezieht sich auf nebenberufliche Tätigkeiten und listet sie in einem Stufensystem auf.

## Verwaltung

Nordrhein-Westfalen hat als einziges Bundesland ein Korruptionsbekämpfungsgesetz, dessen novellierte Fassung am 31.12.2013 in Kraft getreten ist. Die Änderungsvorschläge von Transparency Deutschland wurden nicht berücksichtigt. Eigentlicher Schwerpunkt ist das Vergaberegister. Seit September 2014 gilt ein neuer Runderlass zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung unter anderem mit den Elementen: Korruptionsgefährdete Bereiche, Personalrotation, Aus- und Fortbildung und Vier-Augen-Prinzip. Keine Erwähnung finden zum Beispiel Antikorruptionsbeauftragte und Verhaltenskodizes. Zur Annahme von Belohnungen und Geschenken gelten die Vorschriften zur Ausführung des Landesbeamtengesetzes § 59 vom November 2009, das keine Höchstgrenzen vorsieht, aber „von nicht zu beanstandenden geringfügigen Aufmerksamkeiten“ und bestimmten Einladungen als „stillschweigend genehmigt“ ausgeht.

## Informationsfreiheit

2002 ist ein Informationsfreiheitsgesetz in Kraft getreten. Der Landesdatenschutzbeauftragte ist zuständig für die Sicherstellung des Rechts auf Informationen und befasst sich mit Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern. Über die Herausgabe von Informationen muss innerhalb einer Monatsfrist entschieden werden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben 2012 die Verabschiedung eines Transparenzgesetzes in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Die Initiative „NRW blickt durch“,

Bevölkerung:	17,571 Millionen (Stand 31.12.2013)
Regierende Parteien:	SPD, Bündnis 90/Die Grünen
Sitzverteilung im Landtag:	SPD (99), CDU (67), Bündnis 90/Die Grünen 29, FDP (22), Piratenpartei (19), fraktionslos (1)
Nächste Wahl:	2018
Regionalgruppe:	Ruhrgebiet-Westfalen, Rheinland
Mitglieder:	235 (Stand 1.3.2015)

an der auch Transparency Deutschland beteiligt ist, hat ein Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz erarbeitet, das eine aktive Veröffentlichungspflicht der Verwaltung vorsieht und sich am Hamburgischen Transparenzgesetz orientiert. Der Entwurf wurde dem Landtag im Februar 2014 übergeben.

## Vergabe

Am 1.3.2005 ist das Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung eines Vergaberegisters in Kraft getreten. Vergabeausschlüsse werden darin bis zu fünf Jahre festgehalten.

Die Wertgrenzerlasse im Vergabewesen nach Konjunkturpaket II sind zum 31.12.2012 ausgelaufen. Seit dem 6.12.2013 wird die Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Landeshaushaltsrecht geregelt. Bei Liefer- und Dienstleistungen (VOL/A) ist eine freihändige Vergabe oder eine beschränkte Ausschreibung bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro möglich. Ausschreibungen für Bauleistungen (VOB/A) bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro sind über eine freihändige Vergabe durchzuführen. Bei Verstößen kann der Auftragnehmer von öffentlichen Vergaben für drei Jahre ausgeschlossen und mit Vertragsstrafen belangt werden.

## Hinweisgeber

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen hat 2004 das Fachdezernat 15 zur Bekämpfung von Korruptionskriminalität eingerichtet. Zusätzlich existiert eine Hotline, über die Hinweise zu Korruptionsdelikten weitergegeben werden können. Landesbeschäftigte können zudem anonyme Hinweise an die Stabsstelle Innenrevision des Innenministeriums weiterleiten.

## Strafverfolgung

Die Staatsanwaltschaften Bochum, Bielefeld, Köln und Wuppertal verfügen über Schwerpunktabteilungen zur Korruptionsbekämpfung. Zudem existiert für den Geschäftsbereich der Generalstaatsanwaltschaften Düsseldorf, Hamm und Köln eine Liste mit allen untergeordneten Staatsanwaltschaften und deren Ansprechpartnern.

## Zivilgesellschaft

69 Organisationen beteiligen sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft von Transparency Deutschland.

Lukas Gawor und Dr. Gisela Rüb |